

Rede erster Mai

Liebe Genossen und Genossinnen,

Der erste Mai ist einer der wichtigsten Tage für Arbeiter*innen, gegen den Kapitalismus und für die Befreiung des Proletariats. Wir feiern heute die lange Geschichte des Bemühens für gerechte Bezahlung, für gute Arbeitsbedingungen und Arbeiterrechte. Doch dieser lange Kampf ist leider noch lange nicht vorbei.

3,5 Millionen Menschen in Deutschland sind Arbeitslos, knapp 3 Millionen in Kurzarbeit, was ihnen bis zu 40% des Lohn kostet, 32% der Studierenden haben finanzielle Probleme und die Anzahl an Lehrstellen sank um 12%. Schon immer gibt es in Deutschland riesige Probleme mit Arbeitslosigkeit, die seit Jahren zwischen 3 und 3,5 Millionen schwankt. Durch die Pandemie stieg die Zahl das erste mal wieder über 3,6 Millionen. Die Anzahl an Kurzarbeiter*innen wurde durch die Corona-Krise mehr als verzwanzigfacht, doch auch diese begann schon 2019 stark zu steigen. Während Millionen von Menschen am Existenzlimit leben, von jetzt auf gleich die Hälfte ihres Einkommens oder ihren kompletten Job verlieren, und damit ihre Existenzgrundlage verschwindet, machte VW in 2020 220 Milliarden Euro Umsatz, und 9 Milliarden Euro Gewinn. Der Staat pumpt sie dabei weiter mit Geld voll. Riesige Unternehmen werden förmlich mit Geld beworfen, während Selbstständige oft keinen einzigen Cent sehen. Corona-Hilfspakete werden nicht ausgezahlt oder lassen zu lange auf sich warten, was zur Folge hat, dass tausende ihr Gewerbe verlieren.

Die Arbeiterklasse in Deutschland hat mehr und mehr Probleme, mit denen sie kämpfen muss. Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungssuche, fehlende Ausbildungsplätze, erschwerte Jobsuche, fehlende Unterstützung bei der Finanzierung des Studiums, und so weiter. All diese Schwierigkeiten bestehen und verschlimmern sich, während Großkonzerne weiter Profit machen und die Zahl an Millionär*innen weiter steigt. Dagegen tun Politiker*innen nicht nur nichts, sie fördern dies akut, mit Lobbyismuserbeit, oder wie ich es auch gerne nenne, Korruption.

Mit der ganzen, berechtigten Berichterstattung über den Einfluss der Pandemie auf die Arbeiterklasse, dürfen wir nicht vergessen, dass das wirkliche Problem der Kapitalismus ist. Die Krise zeigt die Natur des Kapitalismus perfekt. Die Reichen sammeln immer mehr Geld an, Monopolstellungen werden immer weiter ausgebaut, und der Staat agiert mehr und mehr im Kapitalinteresse. Der Umsatz von Amazon stieg im letzten

Jahr um ganze 30%, das Privatvermögen von Jeff Bezos um 85 Milliarden Dollar. Währenddessen unterbindet Amazon Gewerkschaften und umgeht die Bezahlung von Steuern.

Corona-Maßnahmen schränken das Privatleben und Menschenrechte mehr und mehr ein, während trotzdem fleißig zur Arbeit gegangen werden soll, damit ja die Wirtschaft nicht leidet. Diese Pandemie wird auf Kosten des Proletariats gehandhabt.

In einem weiteren Punkt zeigt die Corona-Krise die Natur des Kapitalismus perfekt: Seit dem Beginn der Pandemie sind wieder mehr Frauen Zuhause, passen auf die Kinder auf, während ihre Männer arbeiten gehen. Durch die Pandemie sind Kinder unbetreut Zuhause, weswegen vermehrt ein Elternteil bei ihnen bleiben muss. Da Frauen oft weniger verdienen, fällt die Wahl meistens auf sie. Außerdem besteht gesellschaftlich immernoch das Stigma, dass es die Aufgabe der Frau ist, auf Kinder aufzupassen, und sich um den Haushalt zu kümmern. Gewalt gegen Frauen und Gewalt Zuhause stieg ebenfalls, sowie Rassistisch motivierte Gewalttaten. Rassistische Berichterstattung über den Ursprung des Coronavirus führten zur massiven Steigerung der Anfeindungen gegen Asiaten. All dies wirft uns Jahre zurück im Kampf für Gleichberechtigung.

Der Kampf der Arbeiter*innen zeigte sich in den letzten Jahren trotz der Pandemie erfolgreich. Der Mindestlohn wird in den nächsten Jahren auf 10,45 Euro erhöht, Beschäftigte in Krankenhäusern erhalten Zulagen, und es gibt eine einmalige Corona-Prämie. Dies alles sind kleine Schritte in die richtige Richtung.

Trotzdem müssen wir weiter solidarisch für unsere Rechte kämpfen, und einstehen für unsere Überzeugung. Eine Prämie bis zu 600 Euro ist ein schwacher Trost für die Schwierigkeiten der Pandemie. 10,45 Euro Mindestlohn finanziert einem kaum ein würdevolles Leben, und ist sehr weit weg von fairer Entlohnung für Arbeit.

Deswegen fordern wir die 30-Stunden-Woche, mit vollem Personal- und Lohnausgleich. Schluss mit überarbeitetem Personal, Schluss damit, die Arbeit mit nach Hause zu nehmen, und Schluss mit Arbeitern, die Kurz vorm Burn-out stehen. Dazu fordern wir ebenfalls faire Entlohnung für die Arbeit. Außerdem fordern wir ein Recht auf Übernahme im erlernten Beruf. Keine Ausgebildeten Fachkräfte mehr, die nach jahrelanger Ausbildung mit wenig Geld keinen Arbeitsplatz finden.

Wir fordern mehr Geld und Personal für Bildung und Gesundheit. Schluss mit Lehrermangel, mit Klassen bestehend aus 30 Schülern und überarbeiteten Lehrkräften.

Ebenfalls fordern wir gleiches Geld für gleiche Arbeit. Frauen verdienen für denselben Job weniger Geld, traditionelle "Frauenberufe" sind schlechter bezahlt als traditionelle "Männerberufe", und Frauen sind viel seltener in Führungspositionen vertreten.

Die Krise ist nicht die Pandemie, sondern der Kapitalismus.